



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/209

8. September 1954

Hinweise auf den Inhalt:

Zur New-Yorker Aussenminister-Konferenz	S.1
UNO-Wehrmacht vor der Bewährung	S.3
Theodor Heuss ein Jahr Bundespräsident	S.4
SPD-Vorstand zur Polizeifrage	S.6
COMISCO im Oktober	S.6
Unworbene Gestapo	S.7

Der Kern der Konferenz

P.R. Die Konferenz der Aussenminister der USA, Grossbritanniens und Frankreichs, die am 12. September in New York beginnt, unterscheidet sich darin von ihren zahlreichen Vorgängerinnen, dass sie einen grundlegenden politischen Stellungswechsel im Verhältnis der Westmächte zu Deutschland vornehmen muss, wenn nicht grösstes Unheil entstehen soll. Freilich wäre schon eine frühere durchgreifende Revision der westlichen Grundeinstellung zu Deutschland zweckmässig gewesen, aber es hat keinen Sinn, ausgelassenen Chancen nachzutruern. Heute jedoch ist eine solche Wandlung in der Behandlung des Problems Deutschland unerlässlich, wenn man nicht das Ende jeder einigermaßen aussichtsreichen Politik der Abwehr des Bolschewismus riskieren will.

Die überragende Bedeutung der kommenden Begegnung findet auch in der Fülle von Vorberichten ihren Ausdruck. Der Atlantikrat in London hat wertvolle Vorarbeit geleistet, er hat eine Art Sofortprogramm zur Organisierung einer wirksamen Verteidigung Europas "in kürzester Zeit" (die auch noch eine beklemmend lange Zeit sein wird) vorgeschlagen. Ausserdem kommt jede Regierung mit mehr oder weniger festen eigenen Vorstellungen nach New York und auch die Bundesregierung, obwohl abwesend, hat sich über die Hohen Kommissare mit zwei Memoranden beteiligt, einem über die Sicherheitsfrage, einem zweiten über die Revision des Besatzungsstatutes. Viele sehr wesentliche Einzelfragen sind in diesen beiden umfassenden Punkten eingeschlossen.

Sieht man aber von den Einzelheiten ab, so ist dies der Kern der grossen Anstrengung, die in New York gemacht werden wird: Möglichst umfassende, schnellwirkende und praktische Schlußfolgerungen aus der Tatsache zu ziehen, dass der einzig denkbare Gegenspieler der grossen westlichen Demokratien nicht mehr Deutschland, sondern die Sowjetunion ist. Der berühmte "Mann auf der Strasse", der dem oft so verwirrenden und unverständlichen Ablauf der grossen Politik nur von einem weit entfernten Beobachterposten als passives, will sagen leidendes Objekt zusieht, wird erstaunt fragen: bedurfte es zur Bekräftigung dieser Einsicht wirklich noch eines solchen Aufwandes? - Offenbar ist es so. Was dem einfachen natürlichen Denken und der schlichten täglichen Beobachtung seit Jahren selbstverständlich ist, scheint sich nun erst als deprimierend spätes Erkenntnis in der staatsmännischen Sphäre durchzusetzen.

Aber auch heute noch stehen manche überalterten Bedenken einer grosszügigen Verwirklichung von Schlussfolgerungen aus dieser Erkenntnis im Wege. Die Gefahr ist durchaus noch nicht gebannt, dass man abermals mit homöopathischen Dosen glaubt auskommen zu können, wo ein radikaler Eingriff entschlossener politischer Chirurgen in die bisherige Denkungsart als einziger Ausweg übrig bleibt. Das Mißtrauen, dieses Kernübel der vergangenen Jahre, ist wohl einigermaßen abgebaut, aber noch nicht beseitigt. Man wisse ja noch nicht, so hört man z.B. immer noch, auf welche Seite sich schliesslich ein wiedererstarktes Deutschland schlagen werde. Auch das kriegsbedingte Ressentiment spielt noch eine gefährlich grosse Rolle.

Wenn man aber auch diesmal auf der Grundlage eines solchen Mißtrauens operieren sollte, würde man wohl endgültig scheitern. Die Erinnerung an ähnliche frühere Hoffnungen, die zu bitteren Enttäuschungen wurden, lässt aber bei allem guten Willen zur Zuversicht und trotz manchen ermutigenden Anzeichen nur einen gedämpften Optimismus aufkommen.

UNO-Wehrmacht vor der Bewährung

A.W. Die UNO steht vor ihrer Feuertaufe. Wenn der Satz richtig ist, dass eine Idee soviel wert ist, wie sich Menschen finden, die bereit sind, für sie zu sterben, so zeigen die vielen Freiwilligenmeldungen für die UNO-Truppen in den einzelnen Ländern, dass sich der Gedanke der Vereinten Nationen bereits weitgehend durchgesetzt hat.

Trotzdem tragen noch jetzt, über zwei Monate nach Ausbruch des Krieges in Korea, die Amerikaner zusammen mit den angegriffenen Südkoreanern die ganze Last des Kampfes. Es ist das eine wertvolle Illustration zu der Frage, wie lange es dauert, ehe eine kollektive Wehrmacht wirksam wird. Denn am 14.7. hatte sich der Generalsekretär der UNO an die 53 Staaten, die die Entscheidung des Sicherheitsrates in der Korea-Frage gutgeheissen hatten, mit der dringenden Bitte gewandt, baldmöglichst Landstreitkräfte nach Korea zu entsenden. Heute stehen nun in Korea 15 nordkoreanischen Divisionen rund neun UNO-Divisionen gegenüber, und zwar fünf amerikanische und vier kampfkraftige südkoreanische. Von den anderen UNO-Mitgliedern haben sich bisher 26 bereiterklärt, Hilfe zu senden.

Doch diese Unterstützung bewegt sich in Grössen, die zwischen 6.000 Mann, die England, und Sanitätsmaterial, das Israel angeboten hat. Zählt man alle Zusagen zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Grossbritannien will eine Brigade stellen, deren erste Teile sich bereits in Korea befinden. Zusammen mit einer neuseeländischen Brigade und 2.500 Mann australischen Truppen sollen sie eine Commonwealth-Division abgeben. Eine zweite Division liesse sich aus den beabsichtigten Abgaben Frankreichs, Kanadas, Hollands, Belgiens und der Türkei zusammenstellen. Die Beneluxstaaten hoffen, eine Brigade zu entsenden, während Frankreich aufgrund der Lage in Indochina glaubt, nur ein Bataillon entbehren zu können. Auch Kanada will ein Bataillon stellen. Da die Armeen dieser Staaten bereits einige Zeit über die Westunion bzw. den Atlantikpakt miteinander in Fühlung sind, dürfte das die für die Aufstellung notwendige Zusammenarbeit erleichtern. Zur Vervollständigung dieser Divisionen müsste das türkische Regiment hinzutreten, was vielleicht nicht ohne Einfluss auf die Erfüllung des türkischen Wunsches, ebenfalls dem Atlantikpakt beitreten zu dürfen, sein würde.

Weiter stünden nach den gemachten Zusagen noch zur Verfügung: ein Regiment Siamesen, ein Rgt. Philippinos und ein bis zwei Rgt. aus den mittel- und südamerikanischen Staaten. Alles in allem also eine

weitere Division, wobei es sich in der Hauptsache aber um Infantristen handelt, so dass die anderen Waffengattungen einschliesslich der Ausrüstung wohl von den USA gestellt werden müssten. Ob die Divisionen in dieser Form zusammengestellt werden können, hängt allerdings davon ab, wann die einzelnen Kontingente in Korea eintreffen. Bei der atlantischen Division ergeben sich z.B. bereits insofern Schwierigkeiten, als das türkische Rgt. schon bereitsteht, während Kanada seine Einheiten noch sechs Monate ausbilden möchte.

Die Staaten, die keine Truppen schicken können, wollen Versorgungseinrichtungen, -güter oder Transportraum zur Verfügung stellen. So begrüssenswert das ist, das Nachschubproblem wird dadurch eher noch komplizierter. Denn auch auf diese Schwierigkeit muss noch hingewiesen werden: jedes der Kontingente hat sein eigenes Nachschubsystem. Bekleidung, Munition, Ersatzteile usw. sind verschieden. Umstellung auf amerikanische Waffen und Ausrüstung bedingt wieder eine neue Ausbildung, die auf taktischem Gebiet schon erforderlich ist, um die notwendige einheitliche Auffassung zu gewährleisten. Alle diese Probleme müssen erst gelöst werden, ehe ein geschlossener Einsatz der UNO-Truppen möglich ist. Kommt er aber wirklich zustande, so hat damit der Gedanke einer UNO-Wehrmacht eine wichtige Runde gewonnen.

Theodor Heuss ein Jahr Bundespräsident

G.R. Am 12. September beginnt Prof. Theodor Heuss sein zweites Amtsjahr als Präsident der Bundesrepublik Deutschland. Seine Wahl war das Ergebnis einer Koalitionsabrede der Bonner Regierungsparteien. Diese - dem Sinne des Grundgesetzes entgegenstehende - Verquickung der Bundespräsidentenwahl mit der Regierungsbildung zwang wiederum die SPD, mit der taktischen Kampfkandidatur ihres ersten Vorsitzenden Dr. Schumacher hervorzutreten. Erst im zweiten Wahlgang erreichte Theodor Heuss die erforderliche absolute Mehrheit in der Bundesversammlung. Wenn diese von Adenauer verursachten wenig glücklichen Umstände der Bundespräsidentenwahl heute weitgehend in Vergessenheit geraten sind, so ist dies der Persönlichkeit von Theodor Heuss zuzuschreiben. Sein offensichtliches Bemühen, als ausgleichende Kraft zwischen und über den Parteien zu wirken, wird allgemein anerkannt. Bundespräsident Heuss hat mit Erfolg versucht, "so etwas wie eine Tradition" zu schaffen, um an Worte vor ihm aus der Ansprache bei der Übernahme seines Amtes anzuknüpfen. Wenn er bei der Friedrich-Ebert-Gedenkfeier des Bundestages Worte des Verständ-

nisses und der Würdigung für den ersten Präsidenten der Republik fand und wenn er im Februar Wappen und Siegel der Weimarer Republik für die neue Bundesrepublik übernahm, so geschah das in dieser Absicht.

Das Amt des Bundespräsidenten ist von den Schöpfern des Grundgesetzes mit wenig Macht ausgestattet worden. Erfahrungen mit einem verfassungsmässig starken Reichspräsidenten liessen das geraten erscheinen. Und doch hat der Bundespräsident mehr als eine nur repräsentative Stellung. Die breite Öffentlichkeit vernimmt allerdings nur, wie Theodor Heuss mit viel Fleiss und Geduld und mit liebenswürdigem Humor seinen vielfältigen Repräsentationspflichten nachkommt. Staatsbesuche in den elf Ländern, Empfänge von Diplomaten, Journalisten, Künstlern und Wissenschaftlern, Einweihung von Brücken, Eröffnung von Ausstellungen und Messen, Siegerehrungen bei Autorennen und Sportfesten - das sind die sichtbaren Merkmale seiner Tätigkeit. Aber selbst in solchen Handlungen scheinbar reiner Repräsentation kann der Bundespräsident politisch wirken und seiner Mittleraufgabe gerecht werden. Sein Staatsbesuch in Berlin war eine solche wichtige politische Demonstration. Die Berliner und die Deutschen in der Ostzone wissen es Heuss zu danken, dass er schon im zweiten Monat nach seiner Wahl den Weg nach dem Osten fand. Er erwarb sich damit mehr Sympathien als sein Bundeskanzler, der erst im April dieses Jahres nach Berlin kam und die Stadt verliess, nachdem er auch dort politisches Porzellan zerschlagen hatte.

Als Heuss vor einem Jahr zum Bundespräsidenten gewählt worden war, erklärte der zweite Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, die Opposition werde den Bundespräsidenten behandeln, wie es einem demokratisch gewählten Staatsoberhaupt zukomme - "korrekt und höflich". Man wird am Ende seines ersten Amtsjahres hinzufügen müssen, dass Theodor Heuss sich ein Zusätzliches verdient hat: Sympathie und Vertrauen.

- - - -

Kommunisten auf Sportlerfang. (sp.) Wie das Ostbüro der SPD erfährt, versucht der kommunistische Sportverband der Sowjetzone unter dem Vorwand der Durchführung gesamtdeutscher Sportveranstaltungen westdeutsche Sportler zu einem Besuch in der Sowjetzone zu bewegen. Diese Einladungen, die an Einzelpersonen, aber auch an Sportvereine gerichtet werden, sind ein neuer Versuch, westdeutsche Sportler als Aushängeschilder für kommunistische Aktionen zu mißbrauchen. Heidelberger Sportler mussten bei genauer Prüfung der kommunistischen Einladung zu "einem Sportlehrgang" feststellen, dass sie lediglich die Teilnahme an einem Kongress der kommunistischen Nationalen Front in Berlin erschleichen sollte.

- - -

SPD: Keine Vieldeutigkeit!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands teilt mit:

"Es muss für das deutsche Volk und für das Ausland ausser jedem Zweifel stehen, dass eine deutsche Sicherheitspolizei weder begrifflich, noch praktisch heute oder in Zukunft mit den Projekten einer Aufrüstung oder einer "Anti-Volkspolizei" zu schaffen hat, sondern dass sie nur rein innerpolitischen Zwecken dient.

Diese mühsam erreichte Klarheit ist in Gefahr, wenn jetzt in einem Teil der deutschen Presse der Versuch gemacht wird, die Notwendigkeit eines staatlichen Machtinstrumentes klarzumachen, das weder Militär noch Polizei sein und doch der Unterdrückung von Unruhen im deutschen Bundesgebiet dienen soll. Mit solchen Projekten kommt die deutsche Politik wieder in eine verderbliche Vieldeutigkeit. Offenbar möchte man durch Vermeidung des Ausdrucks "Polizei" erreichen, nicht mehr die verfassungsändernden Mehrheiten im Bundestag beanspruchen zu müssen. Man hofft wohl auch, mit dieser Methode zu erreichen, dass die Frage der Unterstellung des neuen Apparates der staatlichen Sicherheit im Sinne bestimmter politischer und persönlicher Wünsche geregelt wird.

Die Sozialdemokratische Partei stellt gegenüber anderslautenden Pressemeldungen fest, dass sie diesen Plan eindeutig ablehnt. Sie ist von diesen Absichten nicht unterrichtet worden und hätte sie auch im Falle ihrer Unterrichtung aus innen- und aussenpolitischen Gründen abgelehnt."

COMISCO im Oktober

sp. Die vierteljährliche Zusammenkunft von COMISCO, die im Anschluss an die Sitzung des Europarates in Straßburg stattfinden sollte, ist wegen des vorzeitigen Endes der Europaratssitzung auf den 21. - 22. Oktober verschoben worden. Die Konferenz wird nunmehr in Paris im La Salle de la Mutualité, 24 Rue St. Vivitor, am 21. O k t o b e r um 9.30 Uhr beginnen. Die vorläufige Tagesordnung sieht vor:

1. Bericht über die vorangegangene Sitzung (Kopenhagen 31.5.)
2. Tätigkeitsbericht und Kassenbericht
3. Europäische Einheit
 - a) Überblick über die Entwicklung des Schuman-Plans
 - b) Bericht über die Arbeit des Europarates
 - c) Bericht über die Tätigkeit des Büros der sozialistischen Delegierten zum Europarat
4. Rassenproblem in Afrika
5. Verschiedenes

Die COMISCO-Konferenz der Wirtschaftsexperten, die ebenfalls für Mitte September vorgesehen war, wird nunmehr vom 13. - 17. O k t o b e r im L'Abbey Royasomant, 50 km von Paris, stattfinden.

Umworbene Gestapo

sp. Seit einigen Jahren bereits sind sowjetrussische Nachrichtenstellen bemüht, ehemalige Nachrichtenexperten und Abwehrfachleute, die während der Nazizeit in der Gestapo, im SD und bei der Wehrmacht tätig waren, für ihre Dienste einzuspannen. Hierüber liegen einwandfreie, konkrete Unterlagen vor. Neuerdings hat es aber den Anschein, als ob man dazu übergeht, auch solche ehemaligen Gestapo-Angehörige für sowjetische Zwecke einzuspannen, die auf anderen Gebieten als dem Nachrichtendienst tätig waren.

So wird jetzt bekannt, dass schon vor einiger Zeit, gelegentlich einer Versammlung des Beamenschutzverbandes für entrechtete und verdrängte Berufsbeamte eine Anzahl von ehemaligen hamburgischen Gestapobeamten darüber berichteten, sie hätten in den letzten Wochen aus dem Osten Angebote erhalten, in den Dienst der Deutschen Demokratischen Republik, also der Sowjetzone, zu treten. Die Glaubwürdigkeit dieser Angelegenheit ist umso grösser, als die Berichte hierüber getrennt und unabhängig voneinander gegeben wurden. So hat z.B. der ehemalige Gestapobeamte Hans F r i e d r i c h s nach seinen Angaben Besuch in seiner Wohnung gehabt, um ihn für russische Dienste einzuspannen. Ähnliches hat sich auch bei dem ehemaligen Gestapobeamten Paul K o r d t zugetragen. Beide Beamte sind in der Gestapo reine Exekutivbeamte gewesen, die keine nachrichtendienstliche Schulung hatten.

Auch der bekannte ehemalige Polizeimajor Ingo E i c h m a n n , der eine Zeitlang in der Gestapo Hamburg und Kiel war, hat nach eigenen Angaben ein Angebot erhalten, als Stabsoffizier bei der Volkspolizei einzutreten.

Aufgrund früherer Ermittlungen steht einwandfrei fest, dass eine grössere Anzahl von ehemaligen Gestapo-Angehörigen und insbesondere leitende Männer des Reichssicherheitshauptamtes, die bisher für den russischen Nachrichtendienst gearbeitet haben, heute im Staatssicherheitsdienst der Ostzone Verwendung finden.

Gleichzeitig wurde von der Leitung der österreichischen Polizei mitgeteilt, dass der ehemalige Chef der Gestapo in Wien, Johann S a n i t z e r, sechs seiner ehemaligen Mitarbeiter aufgefordert habe, zu ihm in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands zu kommen, um dort eine Beschäftigung ähnlich ihrer Arbeit in der Kriegszeit aufzunehmen. Sanitzer war nach dem Kriege zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, nach Mitteilung von österreichischer Regierungsseite aber später von den Sowjets aus der Haft herausgeholt und nach Deutschland gebracht worden. Er soll sich gegenwärtig in Bautzen aufhalten und dort einen hohen Posten in der Volkspolizei bekleiden.